



DIE LINKE.

Bezirksverband Hamburg Mitte

März 2013

Liebe GenossInnen

hiermit möchte ich euch herzlich zur Mitgliederversammlung zur **Wahl der Direktkandidatin / des Direktkandidaten zur Wahl zum 18. Deutschen Bundestag im Wahlkreis 18 (Hamburg-Mitte)** einladen.

Die Versammlung findet **am Mittwoch, den 20. März 2013 um 19:00 Uhr im Saal 1 des Barmbek Basch, Wohldorfer Str. 30, 22081 Hamburg (Nähe U-Bahn Dehnhaide)** statt.

Einzigster Punkt der Versammlung ist die Wahl der Direktkandidatin / des Direktkandidaten der LINKEN im Wahlkreis 18 zur Bundestagswahl, die für den 22. September angesetzt ist.

Stimmberechtigt auf dieser Versammlung sind alle Mitglieder der LINKEN, die im Wahlkreis wohnen (im Bezirk HH-Mitte, außer im Stadtteil Wilhelmsburg, aus dem Bezirk HH-Nord in den Stadtteilen Barmbek-Nord und -Süd, Dulsberg, Hohenfelde und Uhlenhorst sowie aus dem Bezirk Wandsbek im Stadtteil Eilbek) und am Tag der Versammlung das Stimmrecht zur Bundestagswahl haben. Also stimmberechtigt sind nur Deutsche StaatsbürgerInnen, die das 18. Lebensjahr vollendet haben.

Redaktionsschluss für die April-Ausgabe:
Dienstag, 02.04.2013

Wir freuen uns über alle Beiträge, die uns möglichst als .doc oder .rtf-Datei erreichen sollten, die sind am besten ins Layout einzubinden. Auch **Fotos** von Parteiaktivitäten werden gerne genommen!

Die **Mailadresse** ist:
stietz-leipzig@t-online.de

Die **Postanschrift** ist: B. Stietz-Leipzig, Schmilinskystraße 6a, 20099 Hamburg.

Da wir dies im Rahmen der Mandatsprüfung überprüfen müssen, bitten wir euch auf jeden Fall einen gültigen Personalausweis oder einen Reisepass inkl. einer amtlichen Meldebestätigung mitzubringen. Mitglieder, die keines der beiden Dokumente mit zur Versammlung bringen können, können ausnahmsweise ihr Wahlrecht zum Bundestag durch eine eidesstattliche Versicherung belegen.

Sinnvoll ist es 30 bis 15 Minuten vor der Versammlung zu kommen, da die Mandatsprüfung bei Versammlungen zur Wahl von KandidatInnen erfahrungsgemäß länger dauert. Auf der Versammlung gilt die Wahlordnung der Partei DIE LINKE, die auf der Versammlung vorliegen wird. Ihr könnt Sie auch auf der Website der LINKEN (<http://www.die-linke.de/partei/dokumente/wahlordnungderpartei-die-linke/>) einsehen.

Der Vorschlag zur Tagesordnung geht Euch mit der Post zu.

Mit solidarischen Grüßen

(Martin Wittmaack, Landesgeschäftsführer)

Inhalt

Einladung KandidatInnenwahl	S. 1
Lars Buchmann	S. 2
Jochen Hanisch	S. 3
Mitgliederversammlung Januar	S. 4
MV 16.2. / Ostermarsch2013	S. 5
Termine 8. März	S. 6
Kapernaum-Kirche zur Moschee	S. 7
vhw will abreißen	S. 8
Bericht Landesparteitag	S. 9
Flüchtlinge in Billstedt	S. 10
Termine/Kontakt	S. 11

Liebe GenossInnen,

hier folgen die Vorstellungen zweier Kandidaten für die Bundestagskandidatur im Wahlkreis Mitte. Damit keine Missverständnisse aufkommen: Dies sind die dem Bezirksvorstand bekannten Kandidaten, jedes Mitglied hat selbstverständlich weiterhin das Recht, bei der Versammlung zu kandidieren. besel

Vorstellung Lars Buchmann

gelernter Reproduktionsfotograf
Jg. 1953, in Hamburg geboren.

Seit 1968 politisch aktiv (SDAJ; DKP; MSB Spartakus).

Während der Lehre in der Druckindustrie (Reproduktionsfotograf) Mitglied im Betriebsrat.

Seit 1970 in der Gewerkschaft.

Über den sog. 2. Bildungsweg in den 70er und 80er Jahren Studium und jeweils berufsqualifizierenden Abschluss als:

- a) Diplom Sozialpädagoge (mit staatlicher Anerkennung)
- b) Gesamtschullehrer

In den letzten Jahren aktiv in

1. Initiative „Eine Schule für ALLE“ (hier im Vorstand)
2. LAG-Bildungspolitik und Mitglied der BAG-Bildungspolitik
3. GEW-Landesvorstand, Referatsleiter B
4. Mitglied der antifaschistischen Initiative „Willi Bredel“
5. Mitglied der „Denkschule für das solare Zeitalter“

Seit Februar 2010 Mitglied DIE LINKE

Beteiligter der regionalen Schulkonferenzen (RSK)

Seit November 2011 Fraktionsvorsitzender im Bezirk Hamburg-Nord für DIE LINKE.

Mitglied im Bezirksvorstand DIE LINKE Hamburg-Nord.

Ausschüsse: Stadtentwicklung, Hauptausschuss, Ältestenrat, RegA BUHD, UVV, Sanierungsbeirat.

Warum kandidiere ich für die Bundestagswahl 2013?

Weil ich möchte, dass DIE LINKE mit ihren Positionen wie sie im Bundeswahlprogramm z.Zt. vorläufig formuliert worden sind, wieder in den Bundestag einzieht. Dies wird aus meiner Sicht der politischen Sachlagen nur möglich sein, wenn sich DIE LINKE klar und eindeutig antikapitalistisch-emanzipatorisch für die Interessen der unter den aktuellen Verhältnissen am meisten geknechteten und an den Rand gedrängten Menschen einsetzt. Der Einsatz für die Interessen von Arbeitslosen, Prekärbeschäftigten, Aufstockern, Rentnern und Jugendlichen ohne Ausbildung gilt grundsätzlich



für beide Geschlechter wie auch die bedrängten und ängstlichen Mittelschichten, und muss sowohl parlamentarische Initiativen wie außerparlamentarische Aktionen vor, während und nach Wahlkampfzeiten umfassen. Die Erfahrung lehrt, durch das direkte Aktivwerden der Menschen vor Ort sind die Chancen auf Realisierung am größten. Eine der notwendigen Vorbedingungen lautet: Aufklärung über Hintergründe der Missstände und ihre Entstehung. Dieses antikapitalistisch-emanzipatorische Vorgehen ist auch und gerade in Wahlkampfzeiten besonders gefragt. Die politische Sensibilität nimmt in dieser Zeit zu. Meinen Beitrag will ich hierzu, wie in der Vergangenheit, gerne leisten.

Getreu dem Motto: Es gibt nichts Gutes, außer man tut es! (E. Kästner).

Vorstellung Jochen Hanisch

Angefragt aus dem Kreis der Findungskommission beim Landesvorstand, möchte ich der Aufforderung eures Vorstandes nachkommen und den Leserinnen und Lesern meine Kandidatur als Wahlkreis-kandidat unserer Partei in Hamburg-Mitte bekannt geben.

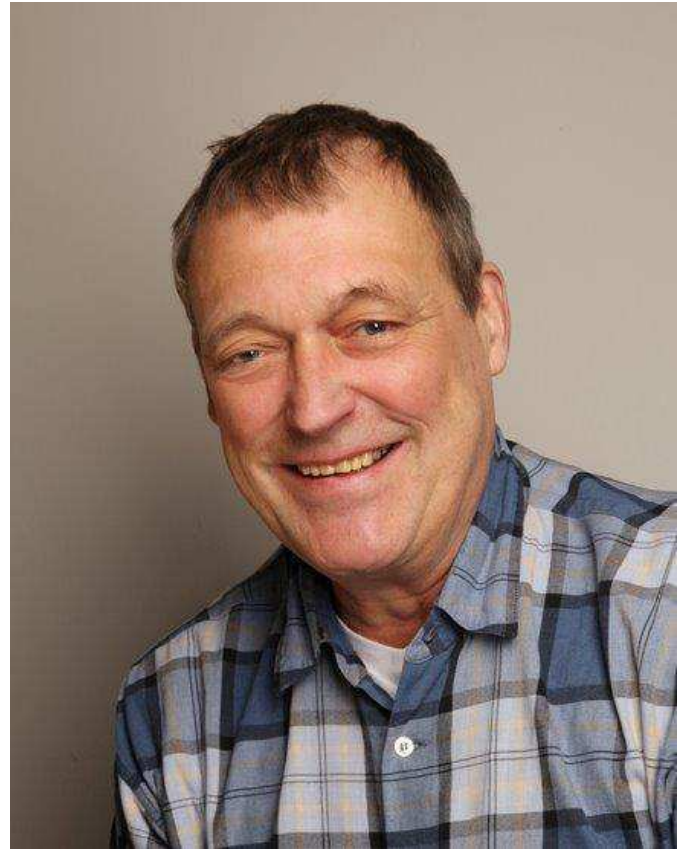
Aufgewachsen bin ich in Süddeutschland, studiert habe ich in Hannover (Landschaftsplanung), gearbeitet an den Universitäten Kassel und Berlin sowie als Mitarbeiter in der Hamburger Umweltbehörde und vor allem als selbständiger Gutachter mit dem Schwerpunkt auf Umweltverträglichkeitsprüfungen mit eigenem Büro in Hamburg.

Stadt- und Umweltplanung sehe ich als hochgradig politische Planung zur Vermeidung von sozialen und ökologischen Problemen. Thematische Schwerpunkte in Hamburg: Stadt- und Metropolentwicklung.

Als roter Faden durch die wissenschaftlichen und praktischen Arbeiten stand und steht die Frage danach, nach welchen Kriterien und Prioritäten der Staat Entscheidungen über Eingriffe in die Umwelt trifft. Im dicht besiedelten Deutschland trifft fast jedes Projekt auf den erbitterten Widerstand von Betroffenen, die um ihre Rechte kämpfen. Entschieden werden muss irgendwann trotzdem. Das Instrument „Umweltverträglichkeitsprüfung / Strategische Umweltprüfung“ habe ich mit entwickelt und an verschiedenen Projekten, auch in Hamburg, praktisch eingesetzt.

Aufgabe der Linken ist es, in solchen Entscheidungsprozessen die sozialen und ökologischen Interessen der Betroffenen, möglichst mit ihnen zusammen, zu vertreten und dafür zu arbeiten, dass der alte Widerspruch zwischen Ökonomie und Ökologie überwunden wird. Es gibt immer einen sogenannten Ermessensspielraum – spannend ist in der praktischen Projektarbeit, wer mit welchen Absichten den Ermessensspielraum ausnutzt.

Seit einigen Jahren bin ich Mitglied in der Partei im Bezirk Eimsbüttel. Warum? Die vor uns liegenden Probleme und Konflikte sind Ausdruck einer Systemkrise, die, wenn überhaupt, nur durch Planung bewältigt werden kann. Angesichts globaler Gefährdungen durch Klimawandel und Wirtschaftskrisen brauchen wir einen Politikwechsel weg von dem blinden Vertrauen, dass die Märkte am besten unsere Geschicke regeln – historische Erfahrungen zeigen, dass schwache Staaten den Marktkräften hilflos ausgeliefert sind und die Folgekrisen umso heftiger ausfallen. Wenn es die LINKE nicht



schaftt, die richtigen Konsequenzen zu ziehen, wer dann?

Die LINKE beansprucht mit den Erfahrungen aus der Geschichte und angesichts drohender Menschheitskatastrophen (Ökonomie/ Klimawandel) eine friedliche und demokratische Transformation. Im aktuellen Wahlprogramm-Entwurf und im Erfurter Programm werden schon sehr gute Ansatzpunkte dafür gezeigt.

Hehre Ziele in Programmen zu formulieren ist das Eine und verhältnismäßig einfach. Aus den Programmzielen eine Politik für den Alltag zu entwickeln, ist da schon ungleich schwieriger. Diese Verknüpfung herzustellen zwischen den großen Zielen und den Konflikten vor Ort um einzelne Projekte begreife ich als Kernaufgabe von Wissenschaft und Politik. Dafür möchte ich mit euch zusammen im Wahlkampf streiten!

Als jemand, der die Partei in Mitte bisher nicht kennengelernt hat, würde ich euch in den Stadtteilzusammenhängen im Rahmen meines Zeitkontingentes bis zur Aufstellungsversammlung am 20. März gern zum Austausch und näheren Kennenlernen zur Verfügung stehen.

Jochen Hanisch

Webseiten: www.hanisch-umweltplanung.de und www.van-hamburg.de (hier insbesondere: Rubrik Veranstaltungen)

Bezirksverband bereitet Wahl im nächsten Jahr vor- Bericht von der BMV im Januar

Mitte Januar kamen wieder so um die 10% unserer Mitgliedschaft, diesmal in der Altstadt, zur Mitgliederversammlung zusammen. Etwas verspätet stieß auch der Versammlungsleiter aus Hamm zu uns und es konnte losgehen mit der Vorstellung des vom Vorstand verabschiedeten Haushalts 2013 durch V. Honold. Es ergibt sich bei Einnahmen >20.000 € und Ausgaben, die darüber liegen, eine kalkulierte Unterdeckung, die wir aus unserem Vermögen zahlen können. Große Posten bilden Wahlkampfausgaben, für die wir auf Zuschüsse aus anderen BVn und vom LV hoffen und das auch einkalkuliert haben. Des Weiteren auch die Unterstützung der Stadtteilgruppen, denen wir aufgrund ihrer Aussagen des abgeschlossenen Jahres rd. 3500 € bereit stellen. Wie ihr wisst, ist der Vorstand im Juni 12 angetreten unter dem Motto „Parteiaufbau und Stärkung der Strukturen in den Stadtteilen“. Das hat unserer Meinung nach die Beschränkung der Bezirksebene auf's Notwendigste zur Folge. So versuchen wir zumindest dies Jahr auch zu planen.

Zusammen mit der Fraktion werden auch dieses Jahr wieder fast 5000 € aus dem Solifonds für gesellschaftliche Aktivitäten - vor allem außerhalb der Partei genutzt werden können.

Aus St. Pauli und St. Georg wurde berichtet, dass die Gruppentreffen zurzeit nur schlecht besucht sind.

Fraktionsvorsitzender Bernhard Stietz-Leipnitz berichtete über die Situation der 16 Beiräte im Bezirk. Viele drohen ersatzlos auszulaufen, weil viele Gebiete zukünftig keine Entwicklungs- oder Sanierungsgebiete mehr sind. Die Bezirksversammlung entscheide bald über die Fortführung der Beiräte mittels Anträgen von FDP, SPD und Grünen vs. einen der Piraten.

Schwerpunkt sollten laut Einladung die **Bezirksversammlungswahlen 2014** sein. Die Einleitung kam vom Vorsitzenden der Bezirksfraktion Bernhard Stietz-Leipnitz, der den neuen Zuschnitt der Wahlkreise (es werden deutlich mehr und damit sind auch mehr KandidatInnen erforderlich) und den geänderten Wahltermin (in Zukunft BV-Wahlen nicht mehr zusammen mit den Bürgerschaftswahlen, sondern parallel zu den Europawahlen) vorstellte.

Er verwies wegen der Wahlkreiseinteilung auf seinen Beitrag im letzten Mitteilungsang. In allen Wahlkreisen sollten wir KandidatInnen aufstellen, damit die LINKE vor Ort ein Gesicht bekommt, d.h. wir brauchen mehr davon als beim letzten Mal, diese sollten dann auch noch in den Nachbarschaften verankert sein. Das bedeutet vor allem für die WK

3-8 viel Arbeit, da in einigen Bereichen des Bezirkes kaum aktive Parteimitglieder vorhanden sind.

Alle Stimmen aus den WK zählen für die Bezirksliste, auch wenn es in den einzelnen WK niemand schafft.

Bernhard forderte ein möglichst Hamburg weit widerspruchsfreies Auftreten der Parteiorganisationen im Rahmen des Erfurter Programms bei den Wahlen 2014.

Martin Wittmaack aus dem Bezirksvorstand machte auf die schwierige Terminierung der Europa- und Bezirkswahlen nach der Bundestagswahl hin. Das Wahlrecht benachteilige Parteien, die nicht in allen WK mit KandidatInnen antreten können. Er sprach sich für ein landesweites Bezirkswahl-Rahmenprogramm aus, welches bis zum Herbst zu entwickeln ist. Wegen gefallener 3%-Zugangshürde könne nur eine hohe Wahlbeteiligung beim Heraushalten z.B. der NPD aus den Bezirksversammlungen helfen. In Hamm, Horn und Billstedt müsse der Vorstand aktiv werden und sich für die landesweite Koordination einsetzen.

Die folgende Diskussion brachte u.a. Einlassungen wie, es hätten nun auch kleine linke Parteien eine Chance zum Einzug ebenso wie BI's, sie werden auch zur Konkurrenz. Ein Gast forderte, anders als er es für das letzte Mal empfunden habe, möge es keine Ausgrenzung von Genossen, die kandidieren wollen geben mit dem Argument, die Abgeordnetengruppe müsse auch miteinander können. Zum Umgang miteinander gebe es auch professionelle Hilfe. Ob wir da, wo wir keine eigenen Leute haben, auch die WK-Listen nicht aufzufüllen trachten sollten, wage ich übrigens zu bezweifeln, bedenkt man Martins obige Einlassung zum Wahlrecht.

Olaf Harms, DKP-Landesvorsitzender und Mitglied unserer Bezirksfraktion, stellte die Frage, ob so etwas wie die „St. Paulinx“ die örtliche Parteiorganisation aktiviert und stellte fest, es gehe zuerst um Instrumente für die Parteientwicklung. Eine inhaltliche Positionsbestimmung könne auch noch Ende des Jahres laufen. Martin Wittmaack machte darauf aufmerksam, dass man auch im und durch den Wahlkampf Menschen aktivieren kann.

Weißer Flecken im Bezirk angehen und Gruppen anschieben, Kandidatenfindung und auf Grundlage eines Rahmenwahlprogrammes auf Landesebene ein Bezirkswahlprogramm erstellen, diese vier Konsequenzen könnten aus der Diskussion gezogen werden. Mit unserer obligaten Verspätung schloss der Versammlungsleiter nach 22 Uhr und fast alle waren geblieben!

Wie stehst du zu Bellizismus, Systemwechsel und zum Sozialismus?

Immerhin noch über 30 Mitglieder von den wohl rd. 200 Eingeladenen kamen am 16. Februar zur Versammlung der im Bezirk Hamburg-Mitte wohnend gemeldeten und nach dem Bundeswahlgesetz Abstimmungsberechtigten zur Wahl der Delegierten aus dem Bezirk zur Landesvertreterversammlung

In der Aussprache zur Wahlstrategie und Wahlprogramm der LINKEN zur Bundestagswahl gab es teils kontroverse Einlassungen (zu den benannten Punkten siehe das in diesem Monat zu verschickende Protokoll). Zu einem von Genossinnen und Genossen vorgelegten Papier: „Für ein kurzes, oppositionelles und friedenspolitisch klares Bundestagswahlprogramm“ wurde in der Versammlung in einem Meinungsbild eine Mehrheit festgestellt.

Nach einer Pause von ca. 13 bis 13.45 Uhr kam dann der 2. Teil mit der Vorstellung und Befragung der 14 vorgeschlagenen Bewerberinnen zum Wahlgang zur Sicherung der Mindestquotierung. Nach einer für einige Teilnehmer dieses von ihnen wohl in der Wichtigkeit für den planmäßigen Aufbau des Sozialismus gemäß dem Erfurter Grundsatzzprogramm völlig unterschätzten Zusammentreffens nicht recht nachvollziehbaren Befragung aller Kandidatinnen mittels teils abgelesener Zettel unter teils revolutionären Fragestellungen wie den in der Überschrift angegeben, konnte dann um 15.12 Uhr der Wahlgang geschlossen werden. Gewählt wurden:

Fremder-Sauerbeck, Kerstin, Finkenlinke	28
Brachvogel, Verena, St. Pauli	27
Fisch, Marion, HaHoBo	25
Clemens, Sandra; HaHoBo	24
Schneider, Christiane; Hamm	23
Hildebrandt, Franziska; SDS	22
Detamble -Voss, Christine; St. Pauli	21
Hercher-Reis, Renate; Wilhelmsburg	21
Heyenn, Hannah; Hammerbrook	20
Wolfram, Christine; Wilhelmsburg	19
Berger, Nadine; St. Georg	16

Von den beiden im 1. Wahlgang mit jeweils 15 Stimmen ausgestatteten Bewerberinnen wurde in der Stichwahl, für einige leider, ohne erneute Vorstellung und Aussprache zu den Kandidatinnen Despina Chaluppa mit 16 Stimmen gewählt.

Im Wahlgang für Männer und Frauen wurden die 13 vorgeschlagenen Bewerber ebenso wie die Frauen, bei denen wir ja im Vergleich eine fast übergroße Auswahl hatten, wieder nach einer von der einen oder dem anderen wohl in Verkennung der revolutionären Lage in Deutschland als inquisitorisch verstandenen Befragung aus der hinteren rechten Ecke des Versammlungsraumes 12 Delegierte bei 26 abgegebenen gültigen Stimmzetteln gewählt:

Yildiz, Mehmet; Billstedt	23
Klöckner, Jan Peter; Hamm	19
Kruse, Christian (BV Wandsbek)	18
Stietz-Leipnitz, Bernhard; St. Georg	18
Prösdorf, Dirk; HaHoBo	17
Wittmaack, Martin; St. Pauli	16
Olschok, Jürgen; Wilhelmsburg	15
Wilken, Ronald, Wilhelmsburg	15
Honold, Volker; St. Georg	14
Dührkop, Stefan; Wilhelmsburg	13
Knorr, Holger (BV Altona)	12
Glaser, Kristian; St. Georg	11

Der nicht anwesende Manfred Schubert, Sprecher der Stadtteilgruppe Wilhelmsburg, wurde mit 10 Stimmen als Ersatzdelegierter auf die Versammlung am 6. & 7. April geschickt.

V.Honold

Aufruf zum Hamburger Ostermarsch 2013:

Den Terror beenden: Krieg und Aufrüstung stoppen!

Ostermontag, den 1. April 2013

- 11.30 Uhr: Friedensandacht in der St. Gertrudkirche, Immenhof 10
- 12.00 Uhr: Auftaktkundgebung, Immenhof, vor der St. Gertrudkirche, Mundsburg
- 12.30 Uhr: Demonstration zum Carl-von-Ossietzky-Platz
- 14.00 Uhr: Friedensfest auf dem Carl-von-Ossietzky-Platz an der Langen Reihe

Termine zum Frauentag:

Liebe Genossinnen,

jedes Jahr zum **Internationalen Frauentag am 8. März** demonstrieren wir an verschiedenen Orten öffentlich für die Rechte der Frauen.

Aber auch während des Jahres arbeiten und kämpfen viele von uns trotz Doppelbelastung und vieler Hindernisse für eine gerechtere und sozialere Gesellschaft.

Am **7. März** wollen wir mit Euch zusammen Luft holen, etwas Leckeres essen und trinken und gemeinsam Kraft tanken. Wir laden Euch ein, an einem schönen Abend alte und neue Netze zu knüpfen.



7. März 2013, 19.00 Uhr, Fraktionsbüro DIE LINKE., Buceriusstr. 2

Für Kinderbetreuung ist gesorgt. Meldet Euch bitte, wenn Ihr die Betreuung nutzen möchtet.

Telefon: 42831-2250

oder info@linksfraktion-hamburg.de

**„Männer bilden Seilschaften,
Frauen spannen Netzwerke“**

(Eva Rühmkorf)

8. März 2013, 17.00 Uhr:

Das **Hamburger Frauenbündnis** lädt ein zu einer politischen Diskussion am **Internationalen Frauentag 2013:**

Gute Arbeit - Gutes Leben

Claudia Menne,
Europäischer Gewerkschaftsbund

Veranstaltungsort:

Universität Hamburg DWP (ehem. HWP) Hörsaal,
Von-Melle-Park 9, 20146 Hamburg

Statements

Prof. Dr. Frauke Schwarting,
HAW

Prof. Dr. Margarete Schuler-Harms
Helmut-Schmidt-Universität

**Ab 19.00 Uhr Gespräche bei Wein, Getränken
und Brezeln**

(Kaffee steht ab 16.45 Uhr im Hörsaal bereit)

Jazz Invitation: Dinner Musik

Begrüßung

Prof. Dr. h.c. Christa Randzio-Plath, 1. Vorsitzende Landesfrauenrat Hamburg e.V. **Luise Günther,** AStA Universität Hamburg

Büchertisch der hamburger frauenbibliothek

Anmeldung:

Verbindliche Anmeldung zum Internationalen Frauentag am 8. März 2013

per E-Mail: projekt@landesfrauenrat-hamburg.de
bitte bis zum 01.03.2013

Anfahrt:

ÖPNV: S-Bahn bis Dammtor, Buslinien 4 oder 5
bis Staatsbibliothek oder Grindelhof

Veranstalterin:

Hamburger Frauenbündnis 8. März

c/o Landesfrauenrat Hamburg e.V.

Grindelallee 43, 20146 Hamburg

Tel 040 - 422 60 70, Fax 040 - 422 60 80

E-Mail: projekt@landesfrauenrat-hamburg.de

Weitere Informationen:

[Download Einladung zum Internationalen Frauentag am 8. März 2013](#)

Die Veranstaltung wird finanziell gefördert von der Landeszentrale für politische Bildung. Die Räume werden von der Universität Hamburg zur Verfügung gestellt.

Aktuelles aus der Bezirksfraktion:

Es rettet uns kein höh'res Wesen

Zu den lautesten Bedenkenträgern gegen die neuen Besitzer der Kapernaumkirche an der Washingtonallee gehörten in den letzten Wochen CDU-Vertreter in Hamburg, ganz vorne Marcus Weinberg. Nun wollte ausgerechnet die CDU-Fraktion zur "offenen Fragestunde" in den Regionalausschuss einladen. Ihr Antrag dazu wurde erst am 12. Februar kurz vor der Sitzung vorgelegt. Der Antragstext bemüht sich um "Dialog"-Orientierung, doch die vorherigen Äußerungen waren nicht dazu angetan, Vertrauen zu erwecken. Daher haben wir als LINKE mit den anderen Fraktionen dafür gestimmt, ihn nicht als Dringlichkeitsantrag mit auf die Sitzung zu nehmen, sondern ihn zu vertagen.

Zum Hintergrund: Seit Monaten bekümmert sich die CDU um das Gelände der Kapernaumkirche. Nicht die Tatsache, dass ein öffentlich nutzbares Gebäude von der Kirche verkauft wurde und seit zehn Jahren im Dornröschenschlaf liegt, stand dabei zunächst im Vordergrund. Wiederholt kamen stattdessen die Obdachlosen ins Visier, die sich im Schutz des Vordachs "häuslich" eingerichtet hatten und als "unliebsame" Personen empfunden wurden, die aus dem Blickfeld gerückt werden sollten.

Die LINKE stellt klar: Wir begrüßen die neue Moschee in der Kapernaumkirche und freuen uns, dass das architektonisch erhaltenswerte Gebäude mit der Al-Nour-Gemeinde eine neue Nutzung erfährt. Krokodilstränen über die Umwidmung einer Kirche können wir nicht mitweinen, diese Veränderungen sind auch Ausdruck einer veränderten Zusammensetzung der Bevölkerung. Dagegen kann die immer noch vorzufindende Lage vieler Moscheen in Gewerbegebieten und Hinterhöfen oft als beschämend bezeichnet werden. Gerade auch die Bilder von der Tiefgarageneinfahrt in St. Georg, wo die Al-Nour-Gemeinde bislang ihre Gottesdienste abhält, zeigen, auf welche Weise sich Einwanderer in der Bundesrepublik mit ihrem Glauben arrangieren müssen.

Ansonsten hoffen wir, dass das Miteinander der Kulturen nach der Aufregung der letzten Wochen, die auch von einzelnen "christlichen" Kirchenvertretern geschürt wurde, wieder in friedlichere Bahnen kommt. DIE LINKE achtet die Kirchen und Religionsgemeinschaften und spricht sich gegen Diskriminierung aufgrund der Zugehörigkeit zu einer Religion aus, ebenso wie sie sich gegen jeglichen politischen Missbrauch von Religion wendet. Gerade an letzteres ist in diesem Zusammenhang zu erinnern: Vor dem Hintergrund von Islamophobie aus Anlass von Moscheebauten in anderen Städ-

ten (siehe Köln) ist es wichtig, ein Klima des Willkommens zu schaffen und nicht noch Ängste zu schüren. Die Al-Nour Gemeinde selbst hat dazu bislang den größten Beitrag geleistet, indem sie ihre Bereitschaft zum Dialog mit den BürgerInnen erklärt hat.

Im übrigen passt auch hier die Feststellung: "Es rettet uns kein höh'res Wesen, kein Gott, kein Kaiser noch Tribun." Das haben bislang die allermeisten HornerInnen erkannt, die sich über die neuen Nutzer der Kirche sehr gelassen geäußert haben. Wenn es noch Bedenken gibt, so müssen sie im politischen Dialog diskutiert werden – allerdings nicht unter dem Vorzeichen von "christ"-demokratischer Abwehrhaltung. Ansonsten gibt es gerade in Horn vordringlichere Aufgaben: die Sorge um bezahlbaren Wohnraum, Bildungschancen für sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche, sinnvolle und gut entlohnte Arbeitsplätze und Einkommen sowie eine lebenswerte städtische Infrastruktur.

Um noch eine weitere Sorge der CDU im Hinblick auf die Kapernaumkirche aufzugreifen: Die Anreise der Gläubigen mit Bus und Bahn kann gewährleisten, dass sich auch die AutobesitzerInnen unter den AnwohnerInnen nicht zu große Sorgen machen müssen. Am 12. Februar waren nach langem Drängen endlich HVV-Vertreter im Regionalausschuss zugegen. Eine gute Gelegenheit, für bessere Verbindungen gerade auch in Horn zu streiten, die viele BürgerInnen wahrgenommen haben – und wahrlich ein wichtigeres Thema an diesem Tag.

Marion Fisch aus dem Regionalausschuss

Die Umwidmung der Kapernaum-Kirche war dann auch Thema in der Bezirksversammlung. Die CDU hatte auch dort zwei Anträge gestellt, mit denen sie die „Sorgen der HornerInnen“ aufzugreifen behauptete.

Nach sehr lebhafter Debatte wurde dann eine von allen Parteien außer der CDU eingebrachte Resolution pro Al-Nour-Moschee bei Enthaltung der CDU einstimmig verabschiedet.

Damit, so fürchte ich, ist das Thema aber nicht erledigt, denn die Rechten haben angekündigt, am 23.3. zu einer Demonstration gegen die Umwidmung der Kirche aufzurufen. Dem werden wir entgegengetreten müssen, hoffentlich so einig wie in der Bezirksversammlung.

Bernhard Stietz-Leipnitz

Pressemitteilung vom 1.3.13

Zum Abriss der ELISA-Häuser: Was ist das für eine „Genossenschaft“?

„Seit dem 28.02.2013 wissen wir, dass die ELISA-Häuser in Hamburg-Hamm abgerissen werden und stattdessen teurere Neubauten mit anderen Wohnungsschnitten errichtet werden sollen (natürlich unter Inanspruchnahme erheblicher öffentlicher Mittel, obwohl dadurch keine einzige Wohnung neu entsteht!). Grundlage für diese Maßnahme ist ein neues Gutachten, das weder der Kommunalpolitik noch den BewohnerInnen vorliegt. Wie uns die Initiative „Rettet Elisa“ mitteilte, habe die Vereinigte Hamburgische Wohnungsbaugenossenschaft (vhw) einen neuen Statiker eingestellt, der der Oberbaudirektion Kosten von 3000€/m² für eine Sanierung der Gebäude vorgelegt hat. Dabei war im Herbst 2012 beim Runden Tisch bereits ein Gutachten vorgestellt worden, das 1.850 €/m² bei Erhalt der Wohnungszuschnitte als Kompromiss ausgehandelt hatte. Bei den vorliegenden Kosten von 3000€/m² habe der Oberbaudirektor dann der vhw grünes Licht für Abriss in Aussicht gestellt. DIE LINKE war bei Gesprächen der Oberbaudirektion mit der vhw nicht eingeladen und war, wie die BewohnerInnen, nicht über deren Ergebnisse informiert worden. Das ist ein Schlag ins Gesicht der BewohnerInnen und Teilen der Kommunalpolitik.

War schon die Wiedervorlage des Abrissantrags im Bauausschuss eine „Kriegserklärung an die BewohnerInnen“ (so Bernhard Stietz-Leipnitz, Fraktionsvorsitzender der LINKEN, in der Bezirksversammlung am 21.2.2013), so ist mit der häppchenweisen Veröffentlichung der Entscheidung der vhw über die Presse unter kompletter Missachtung des Runden Tisches und dessen Suche nach Kompromissen einfach nur skandalös. Die Missachtung der Ergebnisse des Runden Tisches seitens der vhw hinterlässt den Eindruck, die Genossenschaft habe damit letztlich nur Zeit schinden wollen.

„Handelte es sich um einen Finanzinvestor, der sich so verhält, wäre das ja kaum verwunderlich, die vhw nennt sich allerdings ‚Genossenschaft‘. Sie nimmt damit eine Tradition für sich in Anspruch, die das Wohl der GenossInnen im Auge haben sollte und deren Belange nicht nur hört, sondern auch umsetzt. Damit hat das Verhalten des Vorstands der vhw nichts mehr zu tun,“ so Sandra Clemens, die für die Linksfraktion das Verfahren zwischen der Mieterinitiative und der vhw über anderthalb Jahre begleitet hat. Über viele Jahre wurde auch

an anderen Stellen lieber teurer, profitversprechender Neubau verfolgt, anstatt die Bestandswohnungen in Stand zu halten, solange, bis die vhw kurz vor der Pleite stand. Das ist gelinde gesagt unseriös. Nun werde ein solches Verhalten womöglich durch öffentlich geförderte Neubauten auch noch belohnt – eine Abwrackprämie für vernachlässigte Gebäude?

DIE LINKE. missbilligt das Verhalten der vhw auf das Schärfste und wird eventuelle Befreiungen vom Baurecht für diese Firma sehr kritisch betrachten.

„Sollte es tatsächlich zum Abriss und Neubau kommen, fordern wir, dass alle vage gemachten Zusagen der vhw gegenüber den BestandsmieterInnen und einige mehr rechtssicher in einem städtebaulichen Vertrag geregelt werden. Vertrauen gegenüber dieser Firma kann es nicht mehr geben“, sagt Bernhard Stietz-Leipnitz abschließend.

Nachtrag 5.3.:

Wie erwartet war der sechste und „finale“ runde Tisch am 4.3. eine reine Verkündungsveranstaltung. Der vhw-Vorstand hat sich betriebswirtschaftlich für die Neubauten entschieden, er hat kein neues oder anderes Gutachten, sondern lediglich den gefühlten Konsens des runden Tisches aufgekündigt zu Gunsten der ursprünglichen und aufrecht erhaltenen Neubauabsicht bzw. des ebenso profitablen Verkaufs einer entmieteten Immobilie als Baugrundstück.

Bezeichnenderweise hat sich der vhw-Gutachter von den Absichten des Vorstands vorsichtig distanziert.

Zum Glück fand eine Pressekonferenz heute (5.3.) noch einmal große Aufmerksamkeit. Die verbliebenen GenossInnen in den Häusern werden nicht kampflos aufgeben. Selbst wenn der Abriss und Neubau nicht verhindert werden kann, brauchen die Menschen dort unsere weitere Unterstützung, um den vhw-Vorstand wenigstens dazu zu zwingen, seine vagen Zusagen rechtssicher vertraglich zu vereinbaren.

Bernhard Stietz-Leipnitz

Restanten bearbeitet – 3. Tagung des 3. Parteitags

Immerhin 20 von 24 Delegierten aus Mitte fanden am letzten Sonntag den Weg nach Farmsen zur 3. Tagung des 3. Parteitages, der vor allem liegen Gebliebenes von den vorhergehenden aufräumen sollte, Wohnungspolitik und Satzungsänderung seien da genannt. Nachdem natürlich doch erst nach 11 Uhr die Anwesenden begrüßt worden waren, stiegen wir mit der **Rede des stellvertretenden Parteivorsitzenden** Jan van Aken ein. Er hob auf den Stand der Debatte zum Wahlprogramm-entwurf ab. Nach dem Ablehnen des beinahe schon obligaten Änderungsantrag der AG Studierendenpolitik begann um 12 Uhr die **Antragsdiskussion** mit einem **Initiativantrag zum "Bündnis UmFairteilen"** zu dem ein Änderungsantrag der AG Studierendenpolitik vom antragstellenden Landesvorstand übernommen wurde. Nur darüber, ob "Opposition wirkt" gab es eine Abstimmung. Mit Mehrheit stimmte der LPT für diese Änderung. Der so veränderte Antrag wurde einstimmig angenommen.

Dann ging es um etwas, wo mir ein Sturm im Wasserglas entfacht worden zu sein schien, die „**Wohnungspolitischen Leitsätze**“. Wir debattierten über das Verfahren zu den drei vorliegenden wohnungspolitischen Anträgen. Nord, Eimsbüttel und der Landesvorstand (Lavo) stellten ihre Anträge vor. Seitens des Lavo. wurde der Vorwurf zurück gewiesen, mit seinem Arbeitspapier sollte der Beschluss eines LPT im letzten Jahr unterlaufen werden.

Die Debatte, um 12.55 Uhr für eröffnet erklärt, war dann nach der Intervention, dass wir nach Zeitplan jetzt aber Mittagspause hätten, unterbrochen bevor sie begonnen hatte. Schließlich standen sich ein Verfahrensvorschlag von Kristian Glaser und die Vorlage des Lavo in der Schlussabstimmung gegenüber. Mit 47 zu 37 bei 4 Enthaltungen beschloss der Parteitag:

„Der Beschluss der 5. Tagung des 2. Landesparteitages vom 27. November 2011 »Für menschenwürdiges Wohnen – Mietpreissteigerungen stoppen!« wird bekräftigt, das Papier des Landesvorstandes »Wohnungsnot und Mietensinn in Hamburg und die Alternativen der LINKEN« vom 26. August 2012 wird als Arbeitspapier bestätigt.

Vor geeigneter Veröffentlichung des Beschlusses und des Arbeitspapiers organisiert der Landesvorstand zeitnah, also vor Beginn des Bundestagswahlkampfes, eine letzte Beratung, weil die Entwicklung weitergegangen ist und möglicherweise Aktualisierungsbedarf besteht.

Zusätze und Ergänzungen zum Arbeitspapier können jederzeit beim Landesvorstand eingereicht

werden, die zusammen mit den im Lavo zuständigen GenossInnen für Wohnungspolitik und anderen Fachleuten diskutiert und dann vom Lavo beschlossen werden.

Kommt es dabei zu keiner Einigung, können entsprechende Anträge an den LPT gestellt werden zur endgültigen Klärung und Entscheidung.

Allen Genossinnen und Genossen, die sich auf dem Feld der Wohnungspolitik engagieren, wird empfohlen, sich in einer LAG Wohnen, Mieten und Stadtentwicklung zusammen zu schließen, um als fachpolitisches Gremium des Landesverbandes die innerparteiliche Diskussion zu koordinieren.“

Dann stellte Teddy seinen, im Petikum vom Landesvorstand im Vorwege beschlossenen, Antrag dar in dem es vor allem um die **finanzielle Unterstützung** von Parteiarbeitern im ALG II-Bezug geht. Ein Beitrag aus der Delegation Bergedorfs, in dem dargestellt wurde, wie sie die finanzielle Unterstützung finanzschwacher Genossen durch die vollständige Abführung aller Mandatsgelder durch ihre Abgeordneten hinkriegen, folgte. Der Landeschatzmeister ließ sich ein damit, dass er im nächsten Haushalt, wenn dann an anderer Stelle gekürzt werden könne oder seine Einnahmen erhöht würden, gern etwas in Richtung der im Antrag vorgeschlagenen Posten einstellen werde. Das Präsidium ließ so dann ein Meinungsbild zu den Vorschlägen abgeben, es ergab eine überwältigende Mehrheit. Als Kassierer des Bezirkes bin ich auf die weitere Behandlung im Landesverband gespannt. Wir haben mit unseren im letzten Jahr getroffenen Regelungen die eine oder andere Kuh schon vom Eis. Selbstbedienungsmentalität bei Partei- und Steuergeldern allerdings sollten wir einen Riegel verschieben.

Einer als Tischvorlage vorliegenden **Resolution** ohne Titel, die u.a. „die Aufklärung und Ahndung der Morde an ...kurdischen Politikerinnen...“, „die Aufhebung des PKK-Verbots in Deutschland...“, „Freiheit für Abdullah Öcalan“ und die Einstellung der Unterstützung des „AKP-Unrechtsregimes“ fordert wurde mit Mehrheit bei 3 Gegenstimmen und 8 Enthaltungen zugestimmt.

Dann ging es ab 15 Uhr um die **satzungsklärenden Beschlüsse**, die wir im letzten Herbst nicht geschafft hatten. Till Petersen, einer unserer Satzungsfachmänner im Landesverband, erklärte noch einmal die Intentionen. Nach Fragen zum Verständnis kam es zur Beschlussfassung. Wir haben jetzt u.a. eine/n gewählten Landesgeschäftsführer/in. Mein eingereicherter Antrag zum Streichen von etlichen obsolet gewordenen Übergangsvorschriften in §25 unserer Landessatzung wurde vom Präsidium leider nicht aufgerufen. Ich

bleibe dran, denn das wird nicht die letzte Änderung an unserer Satzung bleiben.

Nach einer Pause bis dreiviertel vier scheiterte dann Gunhild Berdal, vom Landesschatzmeister vorgeschlagen, zum wiederholten Male bei ihrer Kandidatur als **Beisitzerin im Landesvorstand**. In der Fragerunde traten von uns u.a. C. Detamble-Voss, K. Fremder-Sauerbeck, Nilüfer und Anna Arthur mit Pro- & Kontrabeiträgen auf. Bei 93 abgegeben dann 32 Ja-Stimmen bekommen zu haben, wurde aber selbst von Delegierten, die wohl eher eine der 57 Gegenstimmen abgaben, als stimmenmäßige Verbesserung Gunhilds erachtet. Eine Wahl allerdings wurde dann doch noch erfolgreich absolviert, Zdravko Sisic, dem einen oder der anderen als „Debatte“-Redakteur bekannt, wurde als Bergedorfer Bezirksvertreter im Landesvorstand gewählt.

Der Initiativantrag "**Mehr Demokratie**", in dem die Bürgerschaftsfraktion aufgefordert werden sollte, auf ihren Sitzungen anwesenden Parteimitgliedern das Rederecht zu geben, wurde nach einer Gegenrede von D. Heyenn, mit dem Vorschlag, das bisherige & relativ neue Modell bis Jahresende auszuprobieren und der Bitte um Zurückziehen des Antrages erstmal nicht behandelt.

Pressemitteilung: Nicht auf dem Rücken der Flüchtlinge!

In Billstedt regt sich erheblicher Widerstand gegen die Absicht der Sozialbehörde (BASFI), auf dem ehemaligen Schulgelände am Oststeinbeker Weg Flüchtlinge unterzubringen.

DIE LINKE Bezirksfraktion Hamburg Mitte kritisiert die fremdenfeindlichen Untertöne, die sich zwischen die zum Teil berechtigten Bedenken und Argumente einzuschleichen drohen. Natürlich darf die beabsichtigte Zwischennutzung des Geländes nicht die Wohnungsbaupläne auf diesem Gelände infrage stellen, natürlich ist zu verlangen, dass alle Bezirke und alle Stadtteile Flüchtlinge aufnehmen.

Dennoch geht es hier nicht um Streitigkeiten zwischen den Bezirken, sondern um Menschen.

„Flüchtlinge verlassen ihr Heimatland nicht aus Jux und Tollerei, sie haben in der Regel sehr handfeste Gründe dafür. Deshalb ist es die menschliche Pflicht auch der Stadt Hamburg wie ihrer Bezirke, Flüchtlingen menschenwürdige Unterkünfte schnell zur Verfügung zu stellen,“ so Bernhard Stietz-Leipnitz, Fraktionsvorsitzender, „bei aller berechtigten Kritik an der Verteilung der Flüchtlingsunterkünfte im Stadtgebiet, bei aller ebenso berechtigten Kritik am Dauerprovisorium Mattkamp: Diese Kritik darf nicht dazu führen, dass der Streit mit der BASFI und der Konflikt der Bezirke untereinander auf dem Rücken der Flüchtlinge ausgetragen wird. Wir fordern, dass der Senat garantiert, dass die Unterbringung am Oststeinbeker Weg kurzfristig

Dann wurde der **Landesfinanzplanentwurf 2013** aufgerufen. Landesschatzmeister K. Rooks erläuterte. Mitte zeigte sich Frage freudig. Manne Schubert aus unserer Wilhelmsburger Gruppe verlangte in der Aussprache, für 2014 den Betrag für `solid auf 2000€ zu erhöhen und wies darauf hin, er würde diesen Antrag stellen. R. Hercher-Reis und M. Schubert stellen Fragen zum Budget. Außerdem fragten K. Glaser u.a. zu Bezirksfinanzen und J. Olschok zur Finanzierung der „Debatte“. Der LSM antwortete, die Bezirke hätten rd. 110.000 € auf der hohen Kante, der Landesverband habe keine Rücklagen mehr. Er werde nicht beim Jugend- und Studierendenverband kürzen. Er gehe von 2 „Debatten“ in 2013 aus, mehr sei ohne - auch innerparteiliche - Spenden nicht drin. Bei nur 4 Enthaltungen wurde der 4. Entwurf des Landeshaushaltes einstimmig beschlossen.

Um „die Formalia“ des Landesverbandes zu vervollständigen wurden B. Stietz-Leipnitz, C. Schneider, A. Gericke, C. Kerth, D. Sienknecht, H. Schulz und S. Mestern in die **Landesschiedskommission** gewählt. Auch eine **Finanzrevisionskommission** haben wir besetzt, sie wacht über die Kasse. Das bleibt in der Hand des Bezirksverbands Nord, Antje Wefing und Sieglinde Steidinger wurden (wieder)gewählt. – vohoz -

bleibt und dass sehr schnell dauerhafte Lösungen bereitgestellt werden.“

„Die Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen ist in Anbetracht ihrer Geschichte die verdammte Pflicht und Schuldigkeit gerade der Deutschen. Hier ist auch mal ein Blick über den eigenen Gartenzaun nötig“, sagt Christine Detamble-Voss, stellvertretende Fraktionsvorsitzende.

Ergänzung:

Leider ist zu verzeichnen, dass es durchaus erfolgreiche demagogische Aktivitäten in Billstedt gibt, die ausgehend von den Fakten (ja, Billstedt beherbergt bereits sehr viele Flüchtlinge, ja, die BASFI ist in ihren Zusagen keineswegs seriös) letztlich rassistische Argumentationsmuster benutzen. Das geht so weit, dass kein Unterschied zwischen „öffentlicher Unterbringung“ wie am Oststeinbeker Weg und öffentlich gefördertem Wohnungsbau am Schleemer Bach mehr gemacht wird – das alles „wollen wir hier nicht haben“.

Nicht leicht, dem entgegen zu treten – aber wir müssen es gemeinsam mit allen vernünftigen BillstedterInnen tun.

Termine in (und für) Mitte

Freitag, 08.03., 15.30 Uhr

Demo des Frauenbündnisses
ab Hauptbahnhof, Hachmannplatz

Freitag, 08.03., ab 16 Uhr

3. Insel Frauenfest
Bürgerhaus Wilhelmsburg

Freitag 08.03., 17.00 Uhr

Diskussion am **Internationalen Frauentag**
Gute Arbeit - Gutes Leben mit
Claudia Menne, EGB
Universität Hamburg, ehem. HWP, Hörsaal,
Von-Melle-Park 9, 20146 Hamburg

Dienstag, 12.03., 19:30 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Pauli**
in den Räumen des
Abenteuerspielplatzes am Brunnenhof 14

Dienstag, 12.03., 19:00 Uhr

Treffen der **Finkenlinken** ,
in den „Baustellen“, Sandhöhe 11

Mittwoch, 13.03., 19:00 Uhr:

Treffen der **BO Hamm, Horn, Borgfelde**
Büro Borgfelder Straße 83

Montag, 18.03., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Fraktionsbüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

Mittwoch, 20. 03, 19:00 Uhr

Mitgliederversammlung: Wahl des Direkt-
kandidaten zur Bundestagswahl 2013, anschl.
Delegiertenberatung (s. S. 1)

Donnerstag, 21.03., 17:30 Uhr

Öffentliche Sitzung der **Bezirksversammlung**
Sitzungssaal, Klosterwall 4, 1. Stock

Mittwoch, 27.03. 19:30 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg**
Statteilbüro, Hansaplatz 9

April

Samstag, 6. + Sonntag, 7.4.:

Landesparteitag/-vertreterversammlung
Vorbereitung Bundestagswahl:
Aufstellung Landesliste, Diskussion zum
Wahlprogramm

Dienstag, 09.04. 19:30 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Pauli**
in den Räumen des
Abenteuerspielplatzes am Brunnenhof 14

Dienstag, 09.04., 20:00 Uhr

Treffen der **Finkenlinken**,
in den „Baustellen“, Sandhöhe 11

Montag, 15.04., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Fraktionsbüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

Mittwoch, 17.04, 19:00 Uhr:

Treffen der **BO Hamm, Horn, Borgfelde**
Büro Borgfelder Straße 83

Mittwoch, 17.04., 19:30 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg**
Ort: Statteilbüro, Hansaplatz 9

Mittwoch, 24.04., 19:00 Uhr:

Bezirksmitgliederversammlung zur Beratung
des Bundestagswahlprogramms, Ort folgt

*Weitere Termine findet Ihr auf der Webseite
der Partei: www.die-linke-hamburg.de*

Kontakt: Ansprechpartner/innen Bezirksverband Hamburg-Mitte

Bezirksvorstand:

Telefon

Mail

	Telefon	Mail
Verena Brachvogel	040 439 77 01	verena.brachvogel@die-linke-hamburg-mitte.de
Stefan (Teddy) Dührkop	015112944471	stefan.duehrkop@die-linke-hamburg-mitte.de
Volker Honold (Schatzmeister)	040 280 35 82	volker.honold@die-linke-hamburg-mitte.de
Jan-Peter Klöckner		jan-peter.kloeckner@die-linke-hamburg-mitte.de
Martin Wittmaack	040 389 21 64	martin.wittmaack@die-linke-hamburg-mitte.de
Gesamtvorstand		info@die-linke-hamburg-mitte.de
<i>nachrichtlich:</i>		
Bernhard Stietz-Leipnitz (nur Mittenmang)	040 24 57 40	stietz-leipnitz@t-online.de
Fraktionsgeschäftsstelle Tilman Rosenau	040 28 57 69 08	geschaeftsstelle@linksfraktion-hamburg-mitte.de

Spendenkonto: DIE LINKE. BV Hamburg-Mitte, Konto 852 539 206, Postbank Hamburg BLZ 200 100 20